

# OA-UPDATE SÜDOSTEUROPA

## OA-Update 09 / 28. November 2024



Mit dieser Ausgabe des Südosteuropa-Updates informieren wir Sie wieder über die aktuellen Ereignisse der vergangenen Wochen und blicken zurück auf wirtschaftlich relevante Entwicklungen in den Ländern unserer Region. Zudem berichten wir über eine Vielzahl von Veranstaltungen, die wir seit dem letzten Erscheinen des Updates organisiert haben. Einige davon standen im Zeichen des 10. Westbalkan-Gipfels im Rahmen

des Berliner Prozesses, der auf Einladung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 14. Oktober in Berlin stattfand. Diesem Jubiläum widmen wir einen besonderen Abschnitt.

In der Rubrik Wirtschaftspolitik berichten wir unter anderem über den überraschenden Ausgang der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen in Rumänien, den Stand der Regierungsbildung in Bulgarien, die anstehenden Präsidentschaftswahlen in Kroatien und die politischen Entwicklungen in Serbien insbesondere seit dem Einsturz des Bahnhofsvordachs in Novi Sad.

In der Rubrik Konjunktur haben wir wie gewohnt die aktuellen Handelszahlen sowie die Herbstprognosen des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleich (wiiw) für Sie zusammengestellt. Nützliche Hinweise zu Terminen und interessanten Publikationen runden das Update ab.

Alle Rubriken dieser Ausgabe hier im Überblick:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Special: 10 Jahre Berliner Prozess**
- **Konjunktur**
- **Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

### Bestätigung des Vorschlages der EU-Kommission

Am 27. November hat das Europäische Parlament seine Zustimmung zur neuen EU-Kommission gegeben, die damit am 1. Dezember ihre Arbeit aufnehmen kann. Die von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 17. September vorgestellten Kandidatinnen der vier EU-Mitglieder aus Südosteuropa hatten zuvor erfolgreich die Anhörungen in den entsprechenden Ausschüssen des EU-Parlaments bestanden. Politico berichtet [hier](#). Hier in der Übersicht die vier Kandidatinnen aus Südosteuropa:

- **Roxana Minzatu** (Rumänien), Vizepräsidentin für Menschen, Kompetenzen und Vorbereitung
- **Ekaterina Zaharieva** (Bulgarien), Kommissarin für Unternehmensgründungen, Forschung und Innovation
- **Dubravka Suica** (Kroatien), Kommissarin für die Mittelmeerregion
- **Marta Kos** (Slowenien), EU-Kommissarin für Erweiterung

Anfang Oktober hat das Europäische Parlament die Vorsitzenden der Delegationen für die Länder des Westlichen Balkans gewählt. Die Delegationen des Europäischen Parlaments unterhalten Beziehungen und tauschen Informationen mit Parlamentariern anderer Länder, Regionen und Organisationen aus. Zusammen mit den Delegationen der nationalen Parlamente bilden sie gemischte parlamentarische Ausschüsse, die in der Regel zweimal jährlich zusammentreten. Den Vorsitz führen die jeweiligen Delegationsvorsitzenden gemeinsam.

- **Loukas Fourlas (EVP)**, Vorsitzender der EP-Delegation für Serbien
- **Karlo Ressler (EVP)**, Vorsitzender der EP-Delegation für Nordmazedonien
- **Tomas Waitz (Grüne/EFA)**, Vorsitzender der EP-Delegation im Parlamentarischen Stabilitäts- und Assoziationsausschuss EU-Montenegro
- **Davor Ivo Stier (EVP)**, Vorsitzender der EP-Delegation für die Beziehungen zu Bosnien und Herzegowina und Kosovo
- **Marco Tarquinio (S&D)**, Vorsitzender der Delegation für Albanien

European Western Balkans berichtet über die Ernennungen am 29. September [hier](#) und am 3. Oktober [hier](#).

### Vollendung Schengen-Beitritt

Am 22. November haben die Innenminister Bulgariens, Rumäniens und Österreichs ein gemeinsames Abkommen unterzeichnet, das den Weg zum vollständigen Schengen-Beitritt Bulgariens und Rumäniens möglich machen soll. Damit hebt Österreich das langjährige Veto gegen den Beitritt beider Länder auf. Bereits am 31. März dieses Jahres waren die innereuropäischen Kontrollen an den Luft- und Seegrenzen beider Länder aufgehoben worden. Weitere Details und Informationen zu den Hintergründen des österreichischen Vetos finden Sie [hier](#) bei Euronews.

## Europäische Integration

Am 21. November haben **Montenegro** und **Albanien** als erste Erweiterungsländer grünes Licht vom Europäischen Zahlungsverkehrsausschuss (European Payments Council, EPC) zur **Teilnahme am einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA) erhalten**. Der Beitritt zu den SEPA-Zahlungsverkehrsverfahren wird demnach ab April 2025 möglich sein. Weitere Informationen sind unter European Western Balkans [hier](#) abrufbar.

Am 30. Oktober wurden die **Erweiterungspakete 2024** von der Kommission angenommen. Die Berichte enthalten eine detaillierte Bewertung der Situation und der **Fortschritte der Kandidatenländer des WB6**, wie auch zu Georgien, der Republik Moldau, der Ukraine und der Türkei. Die Berichte enthalten auch Leitlinien zu den wichtigsten Reformprioritäten für jedes Land, welche auf der offiziellen Seite der Europäischen Union [hier](#) eingesehen werden können. Weitere Informationen und eine kurze Zusammenfassung können auf European Western Balkans [hier](#) abgerufen werden.

Am 15. Oktober haben die **EU und Albanien** das erste **Verhandlungs-Cluster** im Rahmen der Beitrittsverhandlungen eröffnet. Das erste Cluster umfasst die Bereiche Justiz, Grundrechte, Sicherheit, Beschaffung und Finanzkontrolle. Albanien strebt die Mitgliedschaft in der EU bis 2030 an. BalkanInsight berichtet [hier](#). Zuvor hatten die EU-Mitgliedsstaaten die Entkopplung der Beitrittsprozesse von Albanien und Nordmazedonien beschlossen. Nach dem formellen Beginn der Verhandlungen im Jahr 2022 war der europäische Weg der beiden Balkanländer weitgehend gekoppelt. Aufgrund des bulgarischen Vetos für den Beitrittsprozess Nordmazedoniens verzögert sich jedoch die Eröffnung des ersten Verhandlungsclusters. Ende Juli 2022 hatten sich Bulgarien und Nordmazedonien auf die Aufnahme der bulgarischen Minderheit in der Verfassung geeinigt. Die entsprechende Verfassungsänderung ist bisher nicht erfolgt und wird von der amtierenden Regierung unter Hristijan Mickoski (VMRO-DMNE) in Frage gestellt. EurActiv berichtet [hier](#).

Mit der Verabschiedung des sogenannten **Wachstumsplans für die Länder des Westlichen Balkans** Anfang November 2023, kurz Growth Plan, waren die Länder aufgefordert, Reformpläne vorzulegen. Am 23. Oktober dieses Jahres hat die EU-Kommission die Pläne angenommen und damit den Weg für die Auszahlung erster Tranchen der im Wachstumsplan vorgesehenen sechs Milliarden Euro frei gemacht. Bis auf Bosnien und Herzegowina haben alle Länder die Pläne fristgerecht eingereicht, die insbesondere Reformen in den Bereichen grüne und digitale Transformation, Förderung des Privatsektors bzw. des Rechtsrahmens, Korruptionsbekämpfung und Effizienz des öffentlichen Dienstes vorsehen. Die Reformagenda Bosniens und Herzegowinas wurde von der Kommission am 20. September wegen inhaltlicher Mängel abgelehnt und eine nachgebesserte Fassung wird erwartet. Die angenommenen Reformagenden und deren Schwerpunkte können auf der Website der EU [hier](#) abgerufen werden. Weitere Informationen zur Reformagenda von Bosnien und Herzegowina finden Sie in diesem Beitrag der Sarajevo Times [hier](#).

## Bulgarien

Bulgarien drohen erneut Neuwahlen. Wie BalkanInsight [hier](#) berichtet, erwarten Beobachter, das GERB das Mandat zur Regierungsbildung zurückgibt. Erst am 27. Oktober hatte das Land erneut gewählt. Im Nachgang dieser erneut **vorgezogenen Parlamentswahlen** hat die Zentrale Wahlkommission Bulgariens (ZWK) am 31. Oktober die endgültigen Wahlergebnisse veröffentlicht. Demnach erhielt das Wahlbündnis GERB des ehemaligen Premierministers Boiko Borissov 69 von 240 Sitzen. An zweiter Stelle steht das Wahlbündnis „Wir setzen den

Wandel fort - Demokratisches Bulgarien“ (WCC-DB) mit 37 Abgeordneten, an dritter die pro-russische Partei Vazrazhdane mit 35 Sitzen. Außerdem erhielt die Koalition aus Bewegung für Rechte und Freiheiten und Neuer Anfang von Delyan Peevski 30 Sitze, die Koalition Allianz für Rechte und Freiheiten (ARF) von Ahmed Dogan 19 Abgeordnete. Die Wahlbeteiligung lag bei knapp 39 Prozent und damit leicht höher als bei den Neuwahlen Anfang Juni dieses Jahres (34,5 Prozent). The Sofia Globe berichtet [hier](#).

Der Prozess der Regierungsbildung gestaltet sich schwierig. Vier Wochen nach der Wahl ist die Arbeit des Parlaments blockiert, da man sich bisher nicht auf einen Sprecher des Parlaments einigen konnte. Somit ist auch der Weg zu Regierungsbildung und Bestätigung vorläufig unterbunden. Euractiv berichtet [hier](#).

Am 23. Oktober hat die bulgarische Übergangsregierung den gesetzlichen Mindestlohn angehoben, der ab dem 1. Januar 2025 bei 1074 Lewa (550 Euro) pro Monat liegen wird und einer Steigerung von 15,4 Prozent im Vergleich zum jetzt gültigen Mindestlohn entspricht. The Sofia Globe berichtet [hier](#).

## **Bosnien und Herzegowina**

Am 6. Oktober fanden in Bosnien und Herzegowina **Kommunalwahlen** statt, die von den Folgen der **Überschwemmungen und Erdbeben** wenige Tage zuvor überschattet waren. Am 4. Oktober war in Teilen des Landes der Naturkatastrophenzustand ausgerufen worden. Schwere Regenfälle hatten zu Überschwemmungen und Erdbeben geführt, die mindestens 18 Todesopfer forderten. Die Tagesschau berichtet [hier](#). Der Katastrophenzustand machte in einigen Landesteilen die Wahlen unmöglich, die deshalb dort auf den 20. Oktober verlegt wurden. Die Ergebnisse der Wahlen legen nahe, dass die vier großen Parteien auch weiterhin als stärkste Kräfte die Rathäuser dominieren. So bleiben die bosniakische SDA und die serbische SNSD die stärksten Kräfte, gefolgt von der multi-ethnischen Sozialdemokratie SDP und der kroatischen HDZ. Eine detaillierte Aufbereitung der Wahlergebnisse finden Sie bei der Konrad-Adenauer-Stiftung [hier](#).

## **Kosovo**

Am 26. September haben die European Free Trade Association (EFTA) und die Republik Kosovo ein Freihandelsabkommen unterzeichnet. Das Freihandelsabkommen deckt dabei eine breite Reihe von Themen ab, darunter den Handel mit Waren, Dienstleistungen, geistigem Eigentum, Handelserleichterungen, Wettbewerb und nachhaltige Entwicklung. Ziel ist, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den EFTA-Staaten (Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz) und dem Kosovo zu stärken und neue Geschäftsmöglichkeiten zu schaffen. Die Verhandlungen zu dem Abkommen begannen 2022. Weitere Informationen sind auf der offiziellen Seite der EFTA [hier](#) abrufbar.

## **Kroatien**

Am 29. Dezember 2024 finden in Kroatien reguläre **Präsidentenwahlen** statt, sollte eine Stichwahl nötig werden, wird diese am 12. Januar 2025 stattfinden. Der amtierende Präsident Zoran Milanović (parteilos), der von der Sozialdemokratischen Partei (SDP) unterstützt wird, kandidiert für eine zweite Amtsperiode. Sein größter Herausforderer wird vermutlich der von

der amtierenden Regierung unterstützte Dragan Primorac. Über die bevorstehende Wahl und weitere Kandidaten berichtet Associated Press [hier](#).

Am 15. November wurden der kroatische Gesundheitsminister Vili Beros und mehrere hochrangige Ärzte wegen des Verdachts der Annahme von **Bestechungsgeldern** festgenommen. Premierminister Andrej Plenkovic hat den Minister darauf hin von seinen Pflichten entbunden. BalkanInsight berichtet [hier](#).

## Montenegro

Am 15. Oktober hat das montenegrinische Statistikamt (Monstat) die Ergebnisse der **Volkszählung** vom Dezember 2023 veröffentlicht. Laut Monstat haben neun Gemeinden im Vergleich zur letzten Volkszählung mehr Einwohner, wobei die Küstenstadt Budva mit rund 42 Prozent den größten Zuwachs verzeichnet. 16 Gemeinden verzeichneten dagegen einen Bevölkerungsrückgang. Die Volkszählung hätte eigentlich 2021 stattfinden sollen, wurde aber aufgrund der COVID-Pandemie verschoben. Die Ergebnisse der Volkszählung können auf der offiziellen Website von Monstat [hier](#) eingesehen werden.

## Rumänien

Bei den **Präsidentenwahlen** in Rumänien am 24. November konnte sich zur Überraschung vieler Beobachter Calin Georgescu entgegen den Trends vorhergehender Meinungsumfragen mit knapp 23 Prozent der Stimmen an die Spitze setzen. Überraschend schaffte Regierungschef Marcel Ciolacu nur Rang drei, nachdem er vor der Auszählung der Stimmen der im Ausland lebenden Rumänen noch auf Rang zwei gelegen hatte und ist damit nicht in die Stichwahl eingezogen. Mit knapp 20 Prozent der Stimmen schaffte es hingegen Elena Lasconi, Oppositionsführerin und frühere Journalistin, auf Platz zwei. Die Präsidentenwahl in Rumänien wird in der Stichwahl am 8. Dezember entschieden. Zuvor werden am 1. Dezember regulär Parlamentswahlen in Rumänien stattfinden. Die Tagesschau berichtet [hier](#).

Am 22. November hat die rumänische Regierung die **nationale Energiestrategie** bis 2035 verabschiedet. Der Schwerpunkt liegt auf dem Ausbau der Energiespeicherkapazitäten, der kurzfristigen schrittweisen Umstellung von Kohlekraftwerken auf Erdgas und dem Ausbau der Kernenergie als mittel- bis langfristige Strategie. Die sechs strategischen Ziele sind: Energiesicherheit, Energieeffizienz, universeller Zugang zu Energie, Erschwinglichkeit, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und die Vollendung der Elektrifizierung Rumäniens. Weitere Informationen finden Sie auf EurActiv [hier](#).

## Serbien

Nach dem **Einsturz des Bahnhofsvordaches in Novi Sad** am 1. November, bei dem 15 Menschen ums Leben kamen, kam es dort zu Protesten. Mehrere tausend Menschen gingen auf die Straße und warfen den Behörden Versäumnisse und Korruption vor. Verkehrsminister Goran Vesic erklärte bereits am 4. November seinen Rücktritt. Er und weitere zehn Personen wurden am 21. November festgenommen. Gegen sie wird wegen des Vorwurfs der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ermittelt. Am 20. November ist auch der bisherige Handelsminister Tomislav Momirovic, der während der Renovierung des Bahnhofs Bauminister war, unter dem Druck der anhaltenden Proteste zurückgetreten. Informationen

zu der Rücktrittserklärung und Festnahme des Verkehrsministers finden Sie in der Tagesschau [hier](#) und einen Bericht über den Handelsminister auf BalkanInsight [hier](#). Zu Tumulten im serbischen Parlament kam es nach Bericht von BalkanInsight am 25. November, als der Antrag der Opposition, das Unglück und die Hintergründe in Novi Sad im Parlament zu diskutieren, abgelehnt wurde. Zum Bericht geht es [hier](#).

Am 8. Oktober haben die Regierungen Ungarns und Serbiens ein **Memorandum of Understanding** zur Erweiterung der Green Lanes Initiative unterzeichnet. Die Green Lanes Initiative soll den grenzüberschreitenden Handel und die Mobilität verbessern. Die Absichtserklärung wurde von Norbert Izer, Staatssekretär für Steuerangelegenheiten im ungarischen Finanzministerium, und Tomislav Momirovic, Minister für Innen- und Außenhandel Serbiens, unterzeichnet. Weitere Informationen finden Sie auf der Website European Western Balkans [hier](#).

Die serbische Regierung und die China Energy International Group (CEIG) haben bereits am 26. September eine Absichtserklärung über die strategische Zusammenarbeit im Energiesektor unterzeichnet. Ziel der Absichtserklärung ist insbesondere der Einsatz neuer Technologien zur Installation von Energiespeicherkapazitäten. Weitere Informationen finden Sie auf Balkan Green Energy News [hier](#).

Ebenfalls am 26. September haben das serbische Staatsunternehmen Srbijagas und die aserbaidische SOCAR anlässlich des Besuchs des aserbaidischen Energieministers Parviz Shahbazov einen Gasliefervertrag unterzeichnet. Dieser sieht vor, dass Serbien vom 1. November 2024 bis zum 1. April 2025 täglich eine zusätzliche Million Kubikmeter Gas erhält. Shahbazov und sein serbischer Amtskollege Djedovic Handanovic unterzeichneten außerdem eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit im Bereich der grünen Energie. Weitere Informationen finden Sie in den Balkan Green Energy News [hier](#).

## Special: 10 Jahre Berliner Prozess

---

Am 14. Oktober kamen auf Einladung von Bundeskanzler Olaf Scholz in Berlin die Staats- und Regierungschefs der Länder des Westlichen Balkans zum **10. Gipfeltreffen im Rahmen des Berlin Prozesses** zusammen. Wichtigstes Ergebnis des Treffens ist die Verabschiedung des Anschlussdokumentes zum Gemeinsamen Regionalen Markt, das mit einem Aktionsplan verbunden und zugleich tragende Säule des Growth Plans der EU für die Länder des Westlichen Balkans ist. Der Gemeinsame Regionale Markt (CRM) zielt auf die weitere wirtschaftliche Integration der Länder des Westlichen Balkans untereinander und schrittweise in den EU-Binnenmarkt ab. Der CRM ergänzt dabei den Wirtschafts- und Investitionsplan der EU und baut auf die Umsetzung der im Rahmen des CEFTA getroffenen Vereinbarungen auf.

Im Vorfeld des Gipfels fanden zahlreiche Treffen statt, darunter Treffen der Außen-, Innen- und Wirtschaftsminister. Darüberhinaus begleiteten Formate zu den Themen Jugend, Wissenschaft, Green Mobility, Gender Equality und das Civil Society and Think Tank Forum den diesjährigen Gipfel.

Am 24. September lud Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, zum Treffen der Wirtschaftsministerinnen und -minister ein. Gemeinsam mit der DIHK und

unterstützt durch das Western Balkans 6 Chambers Investment Forum hat der Ost-Ausschuss sich aktiv in die Vorbereitung und Umsetzung des Wirtschaftsforums eingebracht, das traditionell dem Austausch von Wirtschaft und Politik zu den aktuellen Herausforderungen in der Region dient. Unseren ausführlichen Veranstaltungsbericht finden Sie in diesem Update in der Rubrik Veranstaltungsnachlese.

Beim Außenministertreffen am 1. Oktober, das im Vorfeld des Westbalkangipfels stattfand, konnten bereits verschiedene Elemente zum Ausbau der Zusammenarbeit beschlossen werden. Hervorzuheben sind das gemeinsame Abkommen über den Zugang zur Hochschulbildung und die Zulassung zu Hochschulstudien, die Erklärung über gemeinsame regionale Standards für die Prüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Region sowie eine gemeinsame Erklärung zu Wissenschaft und Innovation und gute nachbarschaftliche Beziehungen. Weitere Informationen finden Sie in der Pressemitteilung des Auswärtigen Amts [hier](#).

Im Rahmen des Civil Society and Think Tank Forums, das vom 9. bis 11. Oktober in Berlin stattfand, haben die Teilnehmenden im Vorfeld konkrete Empfehlungen für die Bereiche EU-Integration und Versöhnungsprozess, Diversität, Gemeinsamer Regionalmarkt und Mobilität, Grüne Transformation sowie Desinformation und Cyber-Bedrohungen diskutiert, die im Vorfeld erarbeitet wurden.

Die Ergebnisse der zahlreichen Veranstaltungen und Treffen, die die Vorbereitung des Gipfeltreffens begleitet haben, sowie die Abschlussdokumente des Treffens am 14. Oktober können [hier](#) auf der Seite des Berliner Prozesses nachgelesen werden und stehen zum Download bereit.

Der Ost-Ausschuss hat auf Basis der Zahlen des Statistischen Bundesamtes die aktuellen **Handelszahlen für den Zeitraum Januar bis September 2024** zusammengestellt. Der Handel mit den Ländern Südosteuropas erreichte in diesem Zeitraum einen Gesamtwert von über 72 Milliarden Euro und wuchs damit um 3,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Damit weist die Region weiter eine positive Entwicklung auf, während der deutsche Gesamthandel mit 2,4 Prozent im Minus lag. Der Ost-Ausschuss hat anlässlich der aktuellen Handelszahlen und vor dem Hintergrund der Ergebnisse der amerikanischen Präsidentschaftswahlen ein Statement seiner Vorsitzenden Cathrina Claas-Mühlhäuser veröffentlicht, dem auch die Zahlen für alle 29 OA-Länder beigefügt sind. Das Statement finden Sie [hier](#) auf unserer Website.

Ursprungs- und Bestimmungsländer	Warenverkehr in Tsd. €		Dt Einfuhr in Tsd. €		Dt Ausfuhr in Tsd. €		Änderung in % gg. über Vorjahr		
	Jan - Sep. 2024	Jan - Sep. 2023	Jan - Sep. 2024	Jan - Sep. 2023	Jan - Sep. 2024	Jan - Sep. 2023	Einfuhr	Ausfuhr	Handelsumsatz
Rumänien	32.235.767	31.132.425	15.153.034	14.537.733	17.082.733	16.594.692	4,2	2,9	3,5
Slowenien	10.807.199	10.498.322	5.312.578	5.325.216	5.494.621	5.173.106	-0,2	6,2	2,9
Bulgarien	9.477.661	9.106.977	5.011.178	4.569.771	4.466.483	4.537.206	9,7	-1,6	4,1
Serbien	7.058.114	6.666.134	3.473.243	3.325.005	3.584.871	3.341.129	4,5	7,3	5,9
Kroatien	6.117.857	5.876.900	1.845.105	1.808.899	4.272.752	4.068.001	2,0	5,0	4,1
Nordmazedonien	3.728.185	3.888.905	2.633.923	2.887.212	1.094.262	1.001.693	-8,8	9,2	-4,1
Bosnien und Herzegowina	1.898.783	1.965.467	894.153	1.002.547	1.004.630	962.920	-10,8	4,3	-3,4
Albanien	494.929	462.018	159.047	161.918	335.882	300.100	-1,8	11,9	7,1
Kosovo	377.549	330.256	72.122	70.698	305.427	259.558	2,0	17,7	14,3
Montenegro	182.533	155.214	25.432	23.305	157.101	131.909	9,1	19,1	17,6
<b>Gesamt-WB 6</b>	<b>13.740.093</b>	<b>13.467.994</b>	<b>7.257.920</b>	<b>7.470.685</b>	<b>6.482.173</b>	<b>5.997.309</b>	<b>-2,8</b>	<b>8,1</b>	<b>2,0</b>
<b>SOE Handel Gesamt</b>	<b>72.378.577</b>	<b>70.082.618</b>	<b>34.579.815</b>	<b>33.712.304</b>	<b>37.798.762</b>	<b>36.370.314</b>	<b>2,6</b>	<b>3,9</b>	<b>3,3</b>
<b>Deutscher Handel Gesamt</b>	<b>2.164.277.533</b>	<b>2.217.945.144</b>	<b>987.326.991</b>	<b>1.029.455.574</b>	<b>1.176.950.542</b>	<b>1.188.489.570</b>	<b>-4,1</b>	<b>-1,0</b>	<b>-2,4</b>

(C)copyright Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024 nach Berechnungen des Ost-Ausschusses (Stand: 04.11.2024)

## EBRD und wiiv Herbstprognose

Das Wiener Institut für Wirtschaftsvergleiche (wiiv) und die Europäische Entwicklungsbank (EBRD) haben Mitte Oktober bzw. Ende September ihre diesjährigen Herbstprognosen veröffentlicht. Wir dokumentieren hier die aktuellen Zahlen im Vergleich.

	EBRD Economic Prospect September 2024				wiiv Autumn Forecast October 2024				
	2022	2023F	2024F	2025F	2022	2023F	2024F	2025F	2026F
Albanien	5,0	3,4	3,5	3,7	4,8	3,9	4,0	3,8	3,9
Bulgarien	3,9	1,8	2,2	2,9	3,9	1,8	2,2	2,4	2,8
Bosnien und Herzegowina	4,1	1,7	2,8	3,0	4,2	2,1	2,6	2,9	3,1
Kosovo	4,3	3,3	4,0	4,0	4,3	4,1	4,1	3,8	3,9
Kroatien	7,0	3,1	3,6	3,0	7,0	3,1	3,3	3,0	3,0
Montenegro	6,4	6,0	3,8	2,9	6,4	6,3	3,5	3,7	3,5
Nordmazedonien	2,2	1,0	2,2	3,5	2,2	1,8	1,8	2,3	2,6
Rumänien	4,1	2,1	1,4	2,6	4,1	2,1	2,0	2,5	3,0
Serbien	2,5	2,5	3,8	4,0	2,6	3,8	3,8	3,7	3,7
Slowenien	2,5	2,1	1,5	2,6	2,7	2,1	1,7	2,2	2,5
<b>Durchschnitt SOE</b>	<b>4,2</b>	<b>2,7</b>	<b>2,8</b>	<b>3,2</b>	<b>4,2</b>	<b>3,0</b>	<b>2,9</b>	<b>3,0</b>	<b>3,2</b>
<b>Durchschnitt WB6</b>	<b>4,1</b>	<b>3,0</b>	<b>3,4</b>	<b>3,5</b>	<b>4,1</b>	<b>3,5</b>	<b>3,3</b>	<b>3,4</b>	<b>3,5</b>

EBRD Regional Economic Prospects: [Along the adjustment path](#), September 2024; wiiv Autumn Forecast: [Eastern Europe defies the downward drag from Germany](#), 16. October





**Seien Sie Teil des Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft 2025 – Jetzt Chancen für Ihr Unternehmen nutzen!**

Das Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft bietet Unternehmen eine einzigartige Gelegenheit, frische Impulse zu erhalten, talentierte Praktikantinnen und Praktikanten zu gewinnen sowie das eigene Netzwerk zu erweitern. Wir möchten Sie herzlich einladen, für unseren nächsten Jahrgang Praktikumsplätze zur Verfügung zu stellen. Sie stärken damit nicht nur Ihr Team, sondern fördern auch aktiv den interkulturellen Austausch und die Entwicklung Ihres Unternehmens. Sichern Sie sich Ihren Platz im Programm 2025 und senden Sie uns bis zum **31.12.2024** Ihre Interessenbekundung – direkt per E-Mail an Antje Müller, a.mueller@oa-ev.de oder online [hier](#). Wir freuen uns auf eine spannende Zusammenarbeit!

**Nutzen Sie die Vorteile unseres Programms und stärken Sie Ihr Unternehmen auf mehreren Ebenen:**

- *Direkter Zugang zu Fachkräften:* Schulen Sie gezielt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Ihre Tochtergesellschaften oder Partnerunternehmen in den Ländern des Westlichen Balkans und Kroatiens
- *Wirtschaftliches Engagement:* Stärken Sie Ihr wirtschaftliches Standing in der Region durch aktive Teilnahme und Sichtbarkeit
- *Alumni-Netzwerk:* Profitieren Sie von unserem umfangreichen Netzwerk erfahrener Fach- und Führungskräfte für Ihr Unternehmensbranding und die gezielte Rekrutierung
- *Interkultureller Austausch:* Fördern Sie den Austausch innerhalb Ihrer Organisation und entwickeln Sie Ihre Geschäfte nachhaltig weiter

Entdecken Sie, wie unser Programm Ihr Unternehmen voranbringen kann! Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

**Eine besondere Kooperation der deutschen Wirtschaft & der deutschen Regierung**

Das Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft ist ein Leuchtturmprojekt erfolgreicher regionaler Zusammenarbeit der deutschen Wirtschaft und der Entwicklungspolitik. Das Stipendienprogramm richtet sich an Unternehmen, welche die Stärkung eines gemeinsamen Binnenmarktes und den Versöhnungsprozess in den Ländern des Westlichen Balkans unterstützen wollen. Unternehmen können den regionalen Wirtschaftsmarkt stärken, indem sie junge Fachkräfte ausbilden, um die Wirtschaft in der Region zu verbessern und zu stabilisieren. Die Praktikumsdauer beträgt zwischen drei und sechs Monaten. Jeder Praktikant erhält ein monatliches Stipendium des Bundesministeriums für wirtschaftliche

Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Das Stipendienprogramm vermittelt durch regelmäßige Workshops und Fortbildungen nicht nur Kompetenzen, sondern auch den Versöhnungsprozess sowie den europäischen Integrationsprozess, was zur politischen und gesellschaftlichen Stabilität beiträgt.

### **Brücken schlagen, Wirtschaftlichen Erfolg ankurbeln – Warum wurde das Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft gegründet?**

Das Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans wurde nach dem Attentat auf Zoran Djindjic, den ersten demokratisch gewählten Premierminister Serbiens, durch den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA) und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Jahr 2003 initiiert.

### **Was stand in den vergangenen Wochen für das Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft an?**

Vom 08. - 11. November 2024 haben unsere Alumni die Möglichkeit genutzt, in einem mehrtägigen Training die Nutzung der OKR-Methode im agilen Projektmanagement zu erlernen und praxisorientiert anzuwenden. Das Training hat sich an all die Alumni gerichtet, die bereits Senior-Positionen innehaben und mit ihren neugewonnenen Erfahrungen die Effizienz und Zielgenauigkeit von Projekten und Organisationseinheiten in Unternehmen weiterentwickeln können. Am darauffolgenden Workshop vom 22. bis 24. November standen Wachstumschancen im Fokus: Unsere Change Maker, eine Gruppe engagierter Alumni, trafen sich, um die finanzielle und organisatorische Nachhaltigkeit des Netzwerks voranzutreiben sowie die nächsten Weiterbildungsmaßnahmen für das Alumni-Netzwerk 2025 zu planen.

### **Was steht in den kommenden Wochen für das Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft an?**

Die Bewerbungsphase potenzieller Kandidatinnen und Kandidaten endete am 14. November. Seit dieser Woche beginnen die Auswahlgespräche, an denen Sie teilnehmen können. Bei Interesse melden Sie sich bitte bei Antje Müller ([a.mueller@oa-ev.de](mailto:a.mueller@oa-ev.de)).

25.11 – 29.11.2024	Serbien
09.12 – 10.12.2024	Kroatien
11.12 – 13.12.2024	Bosnien und Herzegowina
13.01 – 17.01.2025	Kosovo
20.01 – 22.01.2025	Nordmazedonien
03.02 – 06.02.2025	Albanien
07.02. 2025	Montenegro

## Veranstaltungsnachlese

---

### **„New wind in Europe’s Western Balkans policy“?**

Gemeinsam mit der Südosteuropa-Gesellschaft (SOG) und der Evangelischen Akademie Loccum veranstaltete der Ost-Ausschuss vom 22. bis 24. November eine Konferenz zum Thema „New wind in Europe’s Western Balkans policy“? Geographisch gesehen liegen die Länder des Westlichen Balkans im Herzen Europas. Dennoch sind sechs Länder der Region - Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und Kosovo - noch keine EU-Mitglieder und der Weg der weiteren Integration verläuft teilweise schleppend. Zu den Hindernissen zählen die anhaltende „Erweiterungsmüdigkeit“ der EU-Staaten und zahlreiche Probleme innerhalb der Region. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten wurden diese Herausforderungen näher beleuchtet.

### **„ Insights to financing when doing business in South Eastern and Eastern Europe“**

Gemeinsam mit der ProCredit Bank Deutschland veranstaltete der Ost-Ausschuss am 21. November einen Online-Austausch zu Finanzierungsfragen im Ost- und Südosteuropa-Geschäft. Klaus Keilmann, Head of Corporate Strategy & Development der ProCredit, gab einen Überblick über die wirtschaftspolitischen und regulatorischen Rahmenbedingungen in den Ländern Ost- und Südosteuropas. Weitere Themen des Austausches waren die Herausforderungen, aber auch Chancen, vor denen diese Länder im Hinblick auf Steuer- oder Lohnkostenentwicklungen stehen, sowie die aktuellen geopolitischen Herausforderungen, die sich seit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine verschärft haben. Die dynamische Entwicklung des Privatsektors und die steigenden ausländischen Direktinvestitionen spiegeln die hohe Attraktivität der Region für Investoren wider. [Hier](#) geht es zum Post auf LinkedIn.

### **Unternehmergespräch mit dem Premierminister der Republik Nordmazedoniens**

Am Tag nach seiner Teilnahme am Westbalkan-Gipfel in Berlin konnte der Ost-Ausschuss am



15.10.2024 den Premierminister Nordmazedoniens, Hristijan Mickoski, zu einem Unternehmergespräch im Haus der Deutschen Wirtschaft begrüßen. Moderiert wurde das Treffen von Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms. Mickoski gab zu Beginn einen ausführlichen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung des Zwei-Millionen-Einwohnerlandes auf dem Westlichen Balkan, das bereits seit 2005 EU-Beitrittskandidat ist. Zu den wirtschaftspolitischen

Prioritäten der neuen Regierung gehört die Schaffung eines günstigen Umfelds für ausländische Investoren unter anderem durch eine attraktive Flat Tax auf Unternehmensgewinne sowie die Positionierung des Landes als regionaler Hub für Energie und Verkehr. So will Nordmazedonien mit Hilfe von Erneuerbaren Energien und Wasserkraft mittelfristig zu einem Stromexporteur für die Nachbarstaaten werden. Der Ausbau von Straßen- und Eisenbahnverbindungen soll schneller vorangetrieben werden. Der Premier bekannte sich klar zum strategischen Ziel des EU-Beitritts, auch wenn er seine Enttäuschung über die Dauer des Beitrittsprozesses nicht verhehlte. Im Anschluss nahm sich Mickoski viel Zeit, um auf die Projekte und Fragen der anwesenden Unternehmensvertreterinnen und -vertreter einzugehen. Eine Fortsetzung des Gesprächs soll es im ersten Halbjahr 2025 in Skopje geben. [Hier](#) geht es zum LinkedIn Post.

## Wirtschaftskonferenz in Budva

Am 22. und 23. Oktober lud der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Montenegro zur Regionalen Wirtschaftskonferenz nach Budva ein, um eine Zwischenbilanz nach zehn Jahren Berlin Prozess zu ziehen und die Perspektiven der Länder des Westlichen Balkans (WB-6) für die Integration in die Europäische Union (EU) zu diskutieren. Im Mittelpunkt standen zentrale Herausforderungen, vor allem bei der Fachkräftesicherung, der Grünen Transformation und der Digitalisierung. *Den ausführlichen Veranstaltungsbericht zur Konferenz finden Sie [hier](#) auf unserer Webseite.*



## Deutsch-Kosovarischer Wirtschaftsforum



Vom 2. bis 3. Oktober organisierte die Deutsch-Kosovarische Wirtschaftsvereinigung (KDWV) das 2. Deutsch-Kosovarische Wirtschaftsforum in der kosovarischen Hauptstadt Prishtina. Ziel des Wirtschaftsforums, das der Ost-Ausschuss als zentraler Partner unterstützte, ist die Förderung von Innovationen und Kooperationen zwischen deutschen und kosovarischen Unternehmen. Mehr als 500 Teilnehmende nutzten das breite Angebot. Die Veranstaltung umfasste drei parallele Programme mit den Schwerpunkten Technologie-, Energie- und Industrielösungen sowie Podiumsdiskussionen, interaktive „Master Classes“, Unternehmensbesuche und Networking-Möglichkeiten mit mehr als 25 Referentinnen und Referenten. *Den Bericht zur Veranstaltung finden Sie [hier](#) auf der Seite des Ost-Ausschusses.*

## Supplier Balkan Expo - Subex 2024

Am 1. Oktober fand in Prishtina zum dritten Mal die Veranstaltung „Suppliers Balkan Expo - SUBEX“ statt, die von der AHK Nordmazedonien in Zusammenarbeit mit der Deutsch-Kosovarischen Wirtschaftsvereinigung (KDWV), der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) sowie den Auslandshandelskammern der Region organisiert wurde. Der Ost-Ausschuss unterstützte die Veranstaltung auch in diesem Jahr als Partner. Der Fokus der SUBEX 2024 lag auf den Branchen Automotive, Metall, Textil, Holz- und Leichtindustrie, Agrar- und Ernährungswirtschaft, Transport und Logistik sowie IT für die Industrie. Die SUBEX ist eine wichtige regionale B2B-Veranstaltung, die deutschen und anderen europäischen Unternehmen eine Plattform bietet, um sich im Rahmen von Gesprächen oder der Unternehmer-Expo mit lokalen Unternehmen zu vernetzen. Ziel ist es, konkrete Partnerschaften anzubahnen, neue Lieferketten aufzubauen oder bestehende zu erweitern. Darüber hinaus bietet die SUBEX Raum für Paneldiskussionen und Workshops, in denen konkrete Anforderungen an Lieferanten und aktuelle Herausforderungen für die Lieferketten thematisiert werden. *Den Bericht zur Veranstaltung finden Sie [hier](#) auf der Seite des Ost-Ausschusses.*



## Wirtschaftsforum mit den Ländern des Westlichen Balkans



Am 24. September eröffnete Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck in Berlin ein gemeinsames Wirtschaftsforum mit den sechs Ländern des Westlichen Balkans (WB-6) Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien. Das Forum fand anlässlich des Wirtschaftsministertreffens im Rahmen des Berlin-Prozesses statt und wurde mit Unterstützung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) organisiert. Für den Ost-Ausschuss begrüßte Thomas Narbeshuber (BASF), Sprecher des Länderarbeitskreises Südosteuropa, die sechs Handels- und Wirtschaftsministerinnen und -minister der WB-6 sowie rund 250 Teilnehmende aus Politik, Verbänden und Wirtschaft. Schwerpunktthemen des Wirtschaftsforums, an dem Vertreterinnen und Vertreter von Unternehmen aus Deutschland und den sechs Partnerländern teilnahmen, waren der Ausbau der regionalen Zusammenarbeit und die Chancen der grünen Transformation in der Region. *Der Ost-Ausschuss berichtete [hier](#) über die Veranstaltung.*

## Kommende Veranstaltungen

---

- *Save the date* **6. Dezember:** Sitzung des Länderarbeitskreises, 12:30 -14:00 Uhr (Hybrid, online und in den Besprechungsräumen des OA) – *nur für Mitglieder*

Weitere Veranstaltungen zu den Ländern der Region sind in Planung. Wir halten Sie mit dem kommenden Update oder als Mitglied direkt per Rundschreiben auf dem Laufenden.

## Tipps & Links

---

Im Rahmen des **Kammer- und Verbandspartnerschaftsprojekts Westbalkan** untersuchten das Chamber Investment Forum (WB6 CIF), die nationalen Handelskammern im Westbalkan und das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw), wie attraktiv die Region für Investoren ist. Die Ergebnisse damals waren vielversprechend – und die Entwicklung hält an. Die jüngst veröffentlichte Folgestudie [Transforming the Western Balkans through Nearshoring and Decarbonisation - WB6 CIF](#) bestätigt: Nearshoring ist in den Ländern des Westlichen Balkans Realität, besonders in Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Nordmazedonien, wo ausländische Direktinvestitionen seit 2020 deutlich gestiegen sind - auch von asiatischen Unternehmen, die die Nähe zu Europa suchen. Investorenbefragungen belegen ein wachsendes Interesse an der Region. Große Investitionen in erneuerbare Energien verdeutlichen zudem das Potenzial der Region für die grüne Transformation. Auch lokale Unternehmen im Westbalkan sind bereit, auf Dekarbonisierung zu setzen, benötigen jedoch finanzielle Unterstützung, um in moderne Technologien zu investieren und so wettbewerbsfähig zu bleiben.

Im November veröffentlichte die Friedrich Ebert Stiftung (FES) die **Jugendstudie Südosteuropa**. Die FES-Jugendstudien untersuchen wie Menschen im Alter von 14 bis 29

Jahren die Entwicklung ihrer Gesellschaften und ihre persönliche Zukunft wahrnehmen. Die Studie ist auf der Seite der FES [hier](#) abrufbar.

In der am 7. November vom Deutschlandfunk veröffentlichten **Podcast-Reihe „Die Botschaft“**, wird in fünf Folgen über die Ereignisse vom Juli 1990, die den Anfang vom Ende der stalinistischen Diktatur in Albanien einläuteten, erzählt. Der Podcast ist auf der Seite des Deutschlandfunks [hier](#) zu finden.

Ende September hat das Wiener Institut für Wirtschaftsvergleiche wiiw einen Bericht über **innovationsbasiertes Wachstum in der SOE-Region** veröffentlicht. Die Publikation analysiert die aktuelle Performance der Länder, ihre rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen sowie Handlungsempfehlungen für die Länder im Bereich Innovation. Der Bericht ist unter dem Titel „Toward Innovation-driven Growth: Innovation Systems and Policies in EU Member States of Central Eastern Europe“ auf der Website des wiiw [hier](#) abrufbar.

Im Oktober hat das Wiener Institut für Wirtschaftsforschung (wiiw) eine Studie zu den **Auswirkungen von Arbeitskräftemangel auf die Migrationswünsche und Zielpräferenzen** von Personen aus Albanien, Bosnien und Herzegowina und Serbien veröffentlicht. Die Studie „Skills-oriented migration in the Western Balkans: Linking workers’ migration aspirations to skill shortages in destination and origin countries“ ist auf der Website des wiiw [hier](#) verfügbar.

Wichtige Quellen mit **aktuellen Informationen** zu den letzten Entwicklungen rund um die einzelnen Länder Südosteuropas sind die Seiten der Auslandshandelskammern und bilateralen Wirtschaftsvereinigungen:

- [Deutsch-Bulgarische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Bosnien und Herzegowina](#)
- [Deutsch-Kroatische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Kosovarisch-Deutsche Wirtschaftsvereinigung \(KDWW\)](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Nordmazedonien](#)
- [Deutsch-Serbische Wirtschaftskammer](#)
- [Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Deutsch-Slowenische Industrie- und Handelskammer](#)

Weitere **Informationen** zur Arbeit des Ost-Ausschusses und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [LinkedIn](#) und bei [X](#).

### **+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++**

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie [hier](#).

## Kontakt

---



**Anja Quiring**

Regionaldirektorin Südosteuropa

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

T. +49 30 206 167 130

[a.quiring@oa-ev.de](mailto:a.quiring@oa-ev.de)



**Antje Müller**

Programmdirektorin

Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft  
für die Länder des Westlichen Balkans

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V.**

T. +49 30 206167-137

[a.mueller@oa-ev.de](mailto:a.mueller@oa-ev.de)



**Kathrin Enzenhofer**

Assistentin der Regionaldirektion Südosteuropa

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

T. +49 30 206 167 131

[k.enzenhofer@oa-ev.de](mailto:k.enzenhofer@oa-ev.de)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

**Disclaimer zum Haftungsausschluss:**

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

# Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ■ Vernetzen ■ Handeln

**Presse-Kontakt:**



**Presse Kontakt**

Andreas Metz | Leiter Public Affairs

[a.metz@oa-ev.de](mailto:a.metz@oa-ev.de)

T. +49 (0)30 206167-120

Breite Straße 29

10178 Berlin

[www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)

@OstAusschuss

